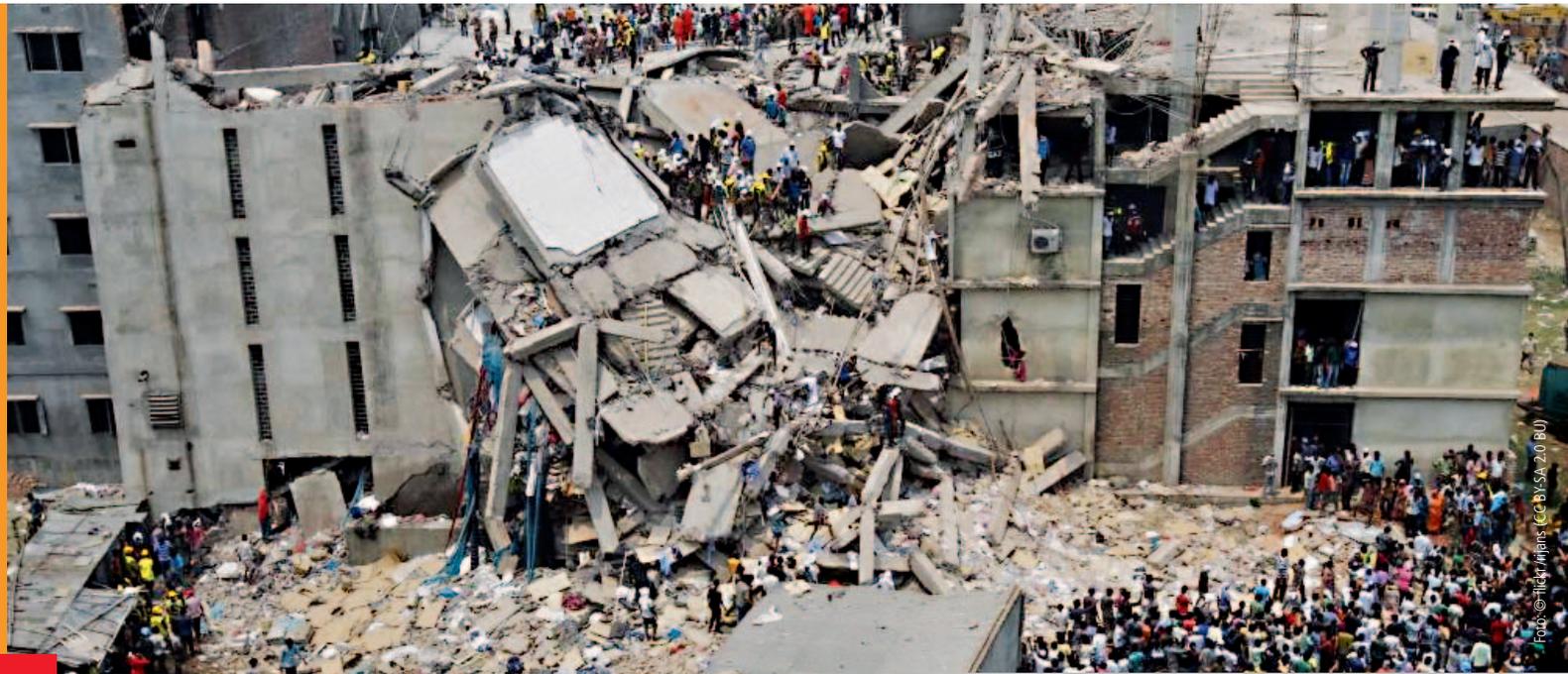




NEWSLETTER II/2013

NORD|SÜD *news*



Das Rana Plaza Gebäude in Bangladesch ist eingestürzt. Und das Image der Textilfirmen?

Wenn Arbeit tötet: Prävention

Tod ist schlecht fürs Geschäft

Jährlich sterben 2,3 Millionen Menschen durch Unfälle am Arbeitsplatz oder Krankheiten, die sie sich dort zugezogen haben. Viele streiten dafür, dass die Unternehmen die Verantwortung dafür übernehmen müssen. Aber die lassen sich höchstens auf Selbstverpflichtungen ein. Und diese helfen vor allem ihnen selbst.

Tote Näherinnen im Fernsehen sind schlecht fürs Geschäft. Deshalb haben inzwischen über tausend Firmen einen Vertrag mit der Business Social Compliance Initiative, kurz BSCI, geschlossen. Die 2002 von Unternehmen in Brüssel gegründete „Plattform für Einzelhändler, Industrie und Importeure“ erklärt: „Unser ultimatives Ziel ist es, die Arbeitsbedingungen in den weltweiten Lieferketten zu verbessern.“ Nur: Die Organisation

kümmert sich wenig darum, ob die Ziele eingehalten werden. Dies zeigt die jüngste Katastrophe in Bangladesch.

Ein paar Tage bevor das Fabrikgebäude Rana Plaza Ende April zusammenstürzte, war der TÜV Rheinland im Auftrag der BSCI zur Überprüfung vor Ort. Baumängel monierte er nicht. Das sei nicht ihre Aufgabe gewesen, rechtfertigen sich die Kontrolleure: „Die Audits wurden ordnungsgemäß nach den Regeln des BSCI-Standards vorgenommen.“ Das heißt, es ging ausschließlich um „soziale und ethische Kriterien der Arbeitsgestaltung“. Die BSCI verweist gerne darauf, dass für den Arbeitsschutz die Staaten zuständig sind. Das aber geht an der Realität vorbei. Zwar hat die internationale Arbeitsorganisation ILO mehrere Arbeitsschutzabkommen verabschiedet – doch

Weiter auf Seite 2



Inhalt

Titel

- | Prävention: Tod ist schlecht fürs Geschäft S. 1–2

Kommentiert

- | Zivilgesellschaftlicher Erfolg in Bangladesch – Gemeinsamer Druck lohnt sich S. 2

Wenn Arbeit tötet oder krank macht

- | Bangladesch: Mit 35 Jahren am Ende S. 3
- | Katar: Die WM der Sklaven S. 4
- | Deutschland: „Arbeitsschutz ist kein Luxus“ S. 5
- | Brasilien: „Ein Sieg für die ganze Gesellschaft“ S. 6

Aus Projekten und Kampagnen

- | Gute Arbeit im Wahlkampf; Post 2015 Agenda: Gewerkschafter mischen sich ein S. 7

Notiert

- | Der Tabakkonflikt von Bralawien; Junge Menschen sind Teil der Lösung; Broschüre zum Kampf um Ressourcen Impressum S. 8

Fortsetzung von Seite 1

ein Großteil der Länder hat sie nicht unterzeichnet. Und wenn doch, sagt auch dies wenig. Die indische Gewerkschafterin Meghna Sukumar erklärte auf einer Reise durch Deutschland: „Auf dem Papier existieren alle möglichen Rechte. In der Realität gibt es die nicht. Wenn ausländische Besucher kommen, werden ausgewählte Arbeiterinnen angewiesen, was sie zu sagen haben.“

Wo Gewerkschaften unterdrückt werden, kann nur eine Schulung der Beschäftigten die Arbeitssicherheit erhöhen. Außerdem muss garantiert sein, dass ihre Beschwerden auch Beachtung finden, fordert Uwe Wötzel von der deutschen Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Genau das ist der Weg, den die Fair Wear Foundation eingeschlagen hat. Die nichtkommerzielle Organisation pflegt Kontakte zu Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen in den Herstellerländern und bietet Firmen in Europa Unterstützung an, die Arbeitsbedingungen bei ihren Zulieferern zu verbessern. 80 Firmen machen inzwischen mit; darunter Jack Wolfskin, Vaude und Schöffel. „Bei der Fair Wear Foundation wird als erstes geguckt, nach welchen Kriterien die Firmen ihre Aufträge vergeben“, sagt Maik Pflaum von der Christlichen Initiative Romero. Schritt um Schritt werden dann mit den Zulieferern und deren Beschäftigten soziale Verbesserungen eingeleitet.

Das von internationalen Gewerkschaften ausgearbeitete Abkommen zu Brandschutz und Gebäudesicherheit in Bangladesch zielt in die gleiche Richtung: Unabhängige Kontrolleure sollen die Lage zusammen mit dort Beschäftigten begutachten und verbessern. Lange Zeit hatte die Kampagne für saubere Kleidung vergeblich darum geworben, dass außer Tchibo und PHV weitere Firmen unterschreiben. Um in Kraft zu treten, brauchte das Abkommen mindestens drei Unterstützer. Erst die schockierenden Fernsehbilder motivierten inzwischen rund 40 Firmen wie H & M, Aldi, Zara und Benetton, ihren Beitritt anzukündigen. Den alltäglichen Gesundheitsbelastungen für die Näherinnen ist dagegen nur durch höhere Löhne zu begegnen, ist Pflaum überzeugt. Schließlich sind es vor allem die langen Arbeitszeiten, die die Frauen auslaugen. Schon seit 2009 erheben Gewerkschaften und NGOs aus China, Indien, Indonesien und Bangladesch die Forderung nach einem „Asia Floor Wage“. Demnach soll eine Arbeiterin ohne Überstunden genug verdienen, um den Grundbedarf von zwei Erwachsenen und zwei Kindern bezahlen zu können. In Bangladesch wären das umgerechnet 112 Euro im Monat.

Annette Jensen, freie Journalistin in Berlin



Weitere Infos: www.bsci-intl.org; www.fairwear.org; www.cleanclothes.org; www.verdi.de/themen/internationales/kampagne-fuer-brandschutzabkommen



Kommentiert: Zivilgesellschaftlicher Erfolg in Bangladesch

Gemeinsamer Druck lohnt sich

Das Brandschutzabkommen in der Textilindustrie allein gewährleistet keine gute Arbeit. Aber es eröffnet Spielräume, die Machtverhältnisse zu verschieben.

Erst der öffentliche Druck nach dem Fabrikeinsturz des Rana Plaza mit über 1.100 Toten und 2.500 Verletzten brachte gut 40 Unternehmen dazu, das Brandschutz- und Gebäudesicherheitsabkommen in Bangladesch zu unterzeichnen. Nichtregierungsorganisationen, nationale Gewerkschaften und deren internationale Verbände wie IndustriAll und UNI Global Union sowie die Betriebsräte des Einzelhandels hatten lange dafür gestritten.



„Bangladesch kann Vorbild werden“ – Heiner Köhnen (li.) und Michael Fütterer

kann insofern keine Alternative zu flächendeckender staatlicher Regulierung sein. Auch international gälte es, Handelsnormen zu verabschieden, die festlegen, dass Sozialstandards und Gewerkschaftsrechte in allen Betrieben der Wertschöpfungskette eingehalten werden müssen.

Dennoch ist das Abkommen ein großer Erfolg: Seine Umsetzung kann das regelmäßige Sterben von ArbeiterInnen – lokale AktivistInnen sprechen von Tötungen – verringern. Bedeutsam ist zudem, wie es zustande kam: Selten zuvor haben internationale Gewerkschaftsverbände, nationale Gewerkschaften im globalen Süden und Norden,



Foto: © TIE Germany

Die Unternehmen versichern in dem Abkommen, dass ihre über 1.000 Zulieferer regelmäßige unabhängige Inspektionen durchführen, Arbeitsschutzkomitees einrichten, Gewerkschaften bei Schulungen und Beschwerdeverfahren einbinden, dass sie in Arbeitsschutz und Gebäudesicherheit investieren sowie die Lieferketten offenlegen. Beschäftigte erhalten das Recht, bei Verstößen gegen das Abkommen die Arbeit niederzulegen. Zugleich verspricht die bangladeschische Regierung, den Mindestlohn zu erhöhen und die Bildung von Gewerkschaften zu erleichtern.

Aber gewährleistet das bereits eine menschenwürdige Arbeit? Sicher nicht. Das Abkommen ändert zunächst nichts an den alltäglichen Ausbeutungsbedingungen: Skandalös niedrige Löhne, horrende Überstunden, enorme Produktionsquoten, sexuelle Gewalt und krankmachende Arbeitsbedingungen. Vielmehr sichern Handelsketten und lokale Unternehmen mit dem Abkommen in erster Linie die vorhandenen Verwertungsbedingungen, da ansonsten der Standort in Gefahr gewesen wäre. Wollten sie grundsätzlich etwas ändern, müssten sie sich etwa darauf verpflichten, höhere Stückpreise zu zahlen, damit die Löhne in den Zulieferfabriken auf ein existenzsicherndes Niveau steigen können. Zudem ist das Abkommen auf direkte Zulieferer begrenzt und

Beschäftigte von Einzelhandelsunternehmen sowie NGOs so wirksam zusammen agiert. Das Abkommen wurde letztlich gegen den Versuch einer staatlich unterstützten Mediation angestoßen, an der auch die deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit beteiligt war.

Das jetzige Ergebnis ist das bessere: verbindlicher und im Sinne der Beschäftigten. Es ist ein Erfolg für die zivilgesellschaftlichen Akteure und bietet die Chance, weitere Verbesserungen zu erkämpfen. Wirkliche Veränderung von Arbeitsbedingungen und ein grundsätzlicher gesellschaftlicher Wandel werden erst möglich, wenn sich Machtverhältnisse verschieben. Das Abkommen bietet den Arbeitnehmerinnen hierfür Spielraum. So ist es der bangladeschischen Bekleidungsgewerkschaft NGWF im Zuge internationaler Solidarität und Unterstützung – auch des DGB Bildungswerkes BUND – gelungen, sieben neue Betriebsgewerkschaften zu etablieren. Setzen sich solche Erfolge fort, kann Bangladesch ein Vorbild werden.

Heiner Köhnen und Michael Fütterer



Die Kommentatoren arbeiten beim internationalen Bildungswerk TIE, das sich unter anderem im Projekt ExChains engagiert, mit dem ArbeiterInnen entlang der Wertschöpfungskette organisiert werden.



Mit 35 Jahren am Ende

Vor allem Frauen schufteten in der Textilindustrie. Die staubige Luft und die extrem vielen Überstunden, die sie brauchen, um über die Runden zu kommen, laugen sie körperlich und psychisch aus.

Die Behörden in Bangladesch hatten ein achtstöckiges Gebäude genehmigt – gebaut wurden elf Etagen, räumten sie später ein. Als Näherinnen auf sich bedrohlich weitende Risse in den Mauern hinwiesen, winkten die Betriebsleiter ab und beorderten sie an ihre Arbeitsplätze: Die internationale Kundschaft verlange eine rasche Lieferung. Wenige Stunden später wurden über 1.100 Menschen von tonnenschweren Bauteilen erschlagen; viele weitere Verletzte werden ihr Leben lang Krüppel bleiben.

Der Zusammenbruch des Gewerbegebäudes in der Nähe vom Bangladeschs Hauptstadt Dhaka Ende April ist kein Einzelfall. Bereits 2005 war in dem südostasiatischen Land eine Fabrik eingestürzt. Im November 2012 verbrannten 112 Menschen in einer Textilfabrik, weil die Fenster vergittert und die Notausgänge verstellt waren. Zwei Monate früher hatte eine ähnliche Katas-

trophe in Pakistan fast 300 ArbeiterInnen das Leben gekostet.

3,6 Millionen Menschen schufteten in den rund 5.000 Textilfabriken Bangladeschs, 85 Prozent davon Frauen. Weltweit beschäftigt die Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie etwa 60 Millionen Menschen. Die meisten Klamotten für Europäer und Nordamerikaner werden in Asien und Lateinamerika gefertigt. Fast überall entstehen sie unter gesundheitsschädigenden Bedingungen. Ob in Bangladesch, El Salvador oder Honduras, China oder Indien: Vor allem junge Frauen, verdienen mit der Herstellung von Kleidung ihr Geld. Meist sind sie schon mit 35 Jahren so verbraucht, dass sie den Job aufgeben müssen. Dafür verantwortlich sind neben der staubigen Luft vor allem die extrem vielen Überstunden. Die müssen die Arbeiterinnen leisten, weil sie mit ihrem normalen Verdienst nicht über die Runden kommen. Wo die Löhne steigen, wie gegenwärtig in China, wenden sich viele Auftraggeber ab und bestellen in einem noch billigeren Land.

Vor allem deshalb hat die Bekleidungsindustrie in Bangladesch in den vergangenen Jahren einen

„Ihr in Deutschland habt viel Macht. Ihr könnt Druck auf die multinationalen Konzerne ausüben, damit diese ihren Einfluss auf die Unternehmen bei uns geltend machen. Ihr könnt sie drängen, das Abkommen zu unterzeichnen, existenzsichernde Löhne, Tarifverhandlungen, gleiche Rechte für Frauen und Männer durchzusetzen. Solche Fortschritte bekommen wir nur durch Druck hin, nicht durch Boykott. Wenn Ihr keine Textilien aus Bangladesch kauft, werden hier viele Fabriken schließen, die Arbeiterinnen ihre Jobs verlieren und noch mehr leiden.“ (Amirul Haque Amin, Präsident der Textilarbeitergewerkschaft NGWF)

steilen Aufstieg erlebt: Der gesetzliche Mindestlohn beträgt umgerechnet etwa 34 Euro im Monat – doch viele Arbeitgeber unterschreiten selbst den, weil es so gut wie keine staatliche Aufsicht gibt und Gewerkschaften kaum Zugang zu den Werkshallen haben. Allein für ihre Grundbedürfnisse bräuchte eine alleinstehende Arbeiterin in Bangladesch etwa 70 Euro; für einen vierköpfigen Haushalt etwa 112 Euro. So sind die Näherinnen gezwungen, horrend viele Überstunden zu leisten – und trotzdem können viele sich selbst und ihre Kinder nicht ausreichend ernähren.

Durchschnittlich elf bis zwölf, manchmal auch 14 Stunden am Tag stehen oder sitzen die jungen Frauen an den Maschinen. Nach einem besonders langen Arbeitstag übernachteten viele auf dem nackten Fabrikboden. Nicht selten wird eine Sieben-Tage-Woche angesetzt. Das ist zwar illegal, aber mit juristischen Konsequenzen müssen die Fabrikbetreiber in Bangladesch nicht rechnen. Wenn die Mode helle Flecken auf Jeans vorschreibt, werden die Textilien mit Sandstrahlern bearbeitet. Der feine Staub verursacht unheilbare, nicht selten tödliche Lungenschäden. Zwar gibt es in einigen Fabriken Mundschutz und mancherorts liegen sogar Sauerstoffmasken im Schrank. Doch die werden in vielen Fabriken nur hervorgeholt, wenn Kontrolleure auftauchen.

In vielen Textilfirmen rund um den Globus ist es den Beschäftigten verboten, während der Arbeit miteinander zu sprechen, damit sie schneller arbeiten. Auch trinken sie in der Regel zu wenig, weil sie nur selten zur Toilette gehen dürfen – und das, obwohl es in den Fabriken meist sehr warm ist. Fehlen sie ein paar Stunden, zum Beispiel für einen Arztbesuch, müssen sie mit hohen Lohn-einbußen rechnen. Nicht nur in Bangladesch gibt es weder Mutterschutz noch Extrapausen für stillende Mütter, die Zahl der Fehlgeburten ist bei Textilarbeiterinnen sehr hoch.

Annette Jensen



Foto: © Lalon Sander

Khadidscha, nach eigenen Angaben 20 Jahre alt, arbeitete vier Jahre im dritten Stockwerk des Rana Plaza: „An dem Tag des Unglücks beschwichtigte der Vorarbeiter noch: ‚Es gibt kein Problem, ihr könnt ohne Sorgen arbeiten.‘ Aber kurz nachdem wir angefangen hatten, fiel der Strom aus. Als die Generatoren starteten, fiel eine Säule in sich zusammen. Der Boden gab nach und ich betete das muslimische Glaubensbekenntnis, während ich fiel. Die Decke war so weit eingebrochen, dass ich mich nicht aufrichten konnte und ein Betonbrocken meinen Arm einklemmte. Neben mir lag mein toter Vorarbeiter. Trotzdem konnte ich mich später befreien und suchte mir einen Hohlraum. Am frühen Nachmittag brachen dann die Rettungsarbeiter durch und konnten mich befreien.“ (aufgezeichnet von: Lalon Sander)



Wenn Arbeit tötet oder krank macht: Katar

Die WM der Sklaven

2022 sollen Millionen Fans jubeln. Aber auf den Baustellen für die Fußball-Weltmeisterschaft in Katar sterben jährlich Hunderte Gastarbeiter, etliche werden verletzt.

Bhupendra stand am Straßenrand als es passierte. Er war gerade dabei, mit einem Überbrückungskabel den Wagen eines Kollegen zu starten, als ein Auto den jungen Nepalesen rammte. „Als ich wieder zu mir kam, steckte der Teil eines Stahlrahmens in meinem Unterschenkel“, erinnert er sich. Man kann noch genau sehen, wo – denn Bhupendras Wunden sind schlecht verheilt. Sein rechtes Bein ist dünn, von Dellen und Narben übersät, und zum Laufen muss er seinen Fuß in eine Plastikschiene stecken. Er lebt von Spenden von Freunden, denn eine Kompensation kann er von seinem Arbeitgeber nicht erwarten.



Foto: © flickr/Doha Stadium Plus (CC BY 2.0)

Gewinner? – Das Nationalteam von Katar will in den neuen Stadien um die Weltmeisterschaft spielen

Hunderte Arbeitsmigranten werden jedes Jahr auf Katars Baustellen verletzt. Sie werden angefahren, verbrennen sich oder fallen von ungesicherten Gerüsten, während sie dabei sind, die Infrastruktur für Katars Großevent zu errichten: die Fußballweltmeisterschaft 2022. Bis zu einer Million Arbeitskräfte werden für den Bau von Stadien, Bahnverbindungen, Unterkünften und Kongresscentern benötigt – zusätzlich zu den 1,2 Millionen Nepalesen, Bangladeschern, Indern und Sri Lankern, die schon in Katar arbeiten. Sie stellen 94 Prozent der Arbeitskräfte des Landes – und sie haben kaum Rechte.

Während Katar 100 Milliarden Euro in die Infrastruktur pumpt, schuffen die Gastarbeiter für weniger als zehn Euro am Tag. Oft wird ihnen der Lohn monatelang nicht ausgezahlt. Sie schlafen mit zig anderen in engen Räumen in überhitzten Arbeiterslums. Diese Misshandlung hat in Katar System. Sie ist sogar gesetzlich festgeschrieben – im sogenannten Kefala-System. Ein katarisches Visum bekommt ein Gastarbeiter nur, wenn er einen inländischen Sponsor hat. „Das bedeutet,



Foto: © Matilde Gattoni

Bhupendra – Er lebt nach einem Unfall von Spenden

dass der Arbeiter an diesen Arbeitgeber gebunden ist und ihn nicht verlassen kann, egal wie schlimm er behandelt wird“, sagt Nicholas McGeehan von Human Rights Watch. Ihre Pässe kassiert der Arbeitgeber oft schon bei der Ankunft. Gewerkschaften sind verboten. Nach den Maßstäben der internationalen Arbeitsorganisation ILO erfüllen viele Arbeitsverhältnisse den Tatbestand der Zwangsarbeit. „Noch nicht einmal das Land kann ein Gastarbeiter ohne die Zustimmung des Arbeitgebers verlassen“, sagt McGeehan. „Der

Fanzine Worker United

Kampagnenmaterial muss nicht langweilig sein. Zur Fußball-WM in Katar versucht es der Internationale Gewerkschaftsbund IGB/ITUC mit einem Fanzine. Auf 12 knallbunten Seiten erfahren die LeserInnen die Hintergründe der WM-Vergabe, wieviel Geld in welche Taschen fließt und wer die wahren Helden der WM sein werden: nicht die Nachfolger von Messi, Ronaldo und Co, sondern beispielsweise der 22-jährige Pralhad Achalya. Außerdem zu erfahren: Was verdient ein Arbeiter, was der Präsident der Bauaufsicht? Und wieviele Stürze von hohen Gebäuden oder Gerüsten gab es 2012?

(Download im Web unter: www.ituc-csi.org/fanzine-worker-united-german?lang=de)

nepalesische Botschafter hat Katar kürzlich als Open-Air-Gefängnis bezeichnet.“ Zudem haben die Arbeiter oft daheim noch Schulden bei den Vermittlungsagenturen, die ihnen für mehrere Tausend Euro gute Arbeit in Katar versprochen haben. Rund 1.000 Arbeiter sollen 2012 auf katarischen Baustellen verletzt oder getötet worden sein, gab die Hamad Medizinische Gesellschaft im Februar bekannt. „Genaue Zahlen sind schwer zu bekommen“, sagt Tim Noonan, Sprecher des internationalen Gewerkschaftsbund ITUC. Man müsse sich auf die Angaben der Länder verlassen, aus denen die Arbeiter stammen. 162 Nepaleser sind demnach im letzten Jahr gestorben, davon 22 bei der Arbeit, 13 begingen Selbstmord. Indien hat im ersten Halbjahr 2012 98 Tote gezählt.

Ein Großteil aber stirbt nicht bei Unfällen auf schlecht gesicherten Baustellen. Sie holt, wie es unter Gastarbeitern in Katar heißt, der „schlafende Tod“. Nach harter Arbeit in der Sonne, mit wenig Wasser und Pause, sterben sie in den stickigen Unterkünften an Herz-Kreislaufversagen. „Wir befürchten, dass 2022 mehr Arbeiter auf den WM-Baustellen ums Leben gekommen sind als Spieler auf dem Feld stehen“, sagt Noonan. Es werden 736 Fußballer an der WM teilnehmen. Bereits 2010 nach der Vergabe der WM an Katar ist die ITUC an die WM-Organisatoren herangetreten, um Verbesserungen einzufordern. Bisher hat sich nichts geändert. Um die Schuld von sich zu weisen, hat das Organisationskomitee im vergangenen Oktober eine Gastarbeiter-Charta herausgebracht, wonach die Verantwortung für Gesundheit, Sicherheit und Unterkunft der Arbeiter bei den beauftragten Bauunternehmen liegt. Darunter sind auch deutsche Firmen.

Die Aufträge für den Neubau und die Renovierungsarbeiten an den zwölf WM-Stadien sollen noch in diesem Jahr vergeben werden. Die Bundesregierung hat im Vorfeld faire Ausschreibungsverfahren gefordert. Die ITUC geht noch weiter. „Wir fordern Arbeitnehmerrechte und die Abschaffung des Kefala-Systems“, sagt Noonan. Dazu wollen die Gewerkschafter auch den Weltfußballverband mit ins Boot holen. „Die Fifa muss diesen Arbeitern helfen und die Vergabe der WM 2022 noch einmal neu durchführen“, sagt ITUC-Generalsekretärin Sharan Burrow. Bislang hält sich diese jedoch zurück. „Die Achtung der Menschenrechte und internationaler Normen ist Bestandteil all unserer Aktivitäten“, heißt es lapidar in der Fifa-Pressestelle.

Ann-Kathrin Seidel, freie Journalistin in Hannover



Weitere Infos: Die Kampagne der Gewerkschaften: www.rerunthevote.org;
Unterschriftenaktion IGB/ITUC:
<http://act.equaltimes.org/de>



„Arbeitsschutz ist kein Luxus“

Die Internationale Arbeitsorganisation ILO hat die deutsche Bauwirtschaft auf der Agenda. Ist Deutschland kein Vorbild für Arbeitsschutz? – Fünf Fragen an Gerhard Citrich, Leiter der Abteilung Arbeits- und Gesundheitsschutz in der Bauwirtschaft bei der IG Bauen-Agrar-Umwelt.

Nord-Süd-Netz: In Katar werden die WM-Arbeiter wie Sklaven behandelt – was lässt sich von Deutschland aus dagegen tun?

Gerhard Citrich: Jeder hat das Recht auf Arbeitsbedingungen, die weder die Gesundheit noch das Leben gefährden. Die Regeln zum Arbeitsschutz in Deutschland könnten da schon ein Leitbild sein. Deutschland ist einer der wichtigsten Handelspartner Katars in der Europäischen Union. Die Bundesregierung könnte da drängen, dass verlässliche Regelungen getroffen werden. Schon mit geringem Aufwand lassen sich Gefahren vermeiden.

Hierzulande läuft nichts schief?

Von wegen! Der Arbeits- und Gesundheitsschutz hat mittlerweile zwar ein recht hohes Niveau. In der Baubranche sterben aber noch immer etwa doppelt so viele Arbeiter bei Unfällen wie in der gesamten gewerblichen Wirtschaft sonst üblich. Im letzten Jahr waren es 128. Arbeitsschutz ist kein Luxus.

Wer ist dafür verantwortlich?

Die besten Regeln nützen einfach nichts, wenn es keine effektiven Kontrollen gibt. Der Staat zieht sich da viel zu sehr zurück, es gibt immer weniger

Aufsichtsbeamte. In Zahlen: Auf 10.000 gewerbliche Arbeitnehmer kommt nur noch ein Kontrollbeamter. Das war früher anders. Dabei müssten vor allem die kleinen Baubetriebe, die weniger als zehn Beschäftigte haben, unter die Lupe genommen werden. Sie sorgen oft nicht für den Arbeitsschutz.

Wie lässt sich das ändern?

Einzelne Beschäftigte können sich beschweren, aber gegen den Widerstand ihrer Arbeitgeber meistens wenig ausrichten. Sie haben oft ja noch nicht einmal die Möglichkeit, sich über Gesundheitsrisiken etwa von neuer Technik oder neuen Produktionsprozessen eine fundierte Meinung zu bilden. Gewerkschafter können indes hinreichend viele Beobachtungen ihrer Mitglieder sammeln, um Risiken glaubwürdig nachweisen zu können. Sie können politischen Einfluss geltend machen und die Wähler hierzulande über den Handlungsbedarf aufklären. Wir haben da schon viel erreicht. Doch es gibt immer noch zu tun – wie die Debatte um Burn-Out zeigt.

Burn-Out auf dem Bau?

Bauberufe sind nicht nur körperlich belastend, sondern auch psychisch. Das hat unlängst der Stressreport 2012 der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin gezeigt. 59 Prozent der befragten Arbeitnehmer in Bauberufen haben zum Beispiel angegeben, häufig unter starkem Termin- und Leistungsdruck zu arbeiten. Beim Durchschnitt aller Befragten waren es nur 52 Prozent. Da muss sich einiges ändern.

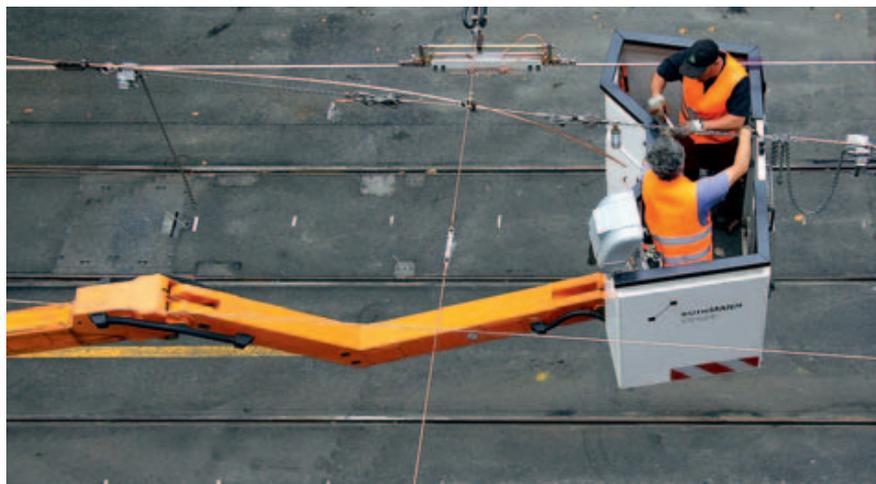
Das Interview führte Hanna Gersmann.

Bundesregierung im Visier der ILO

Wenn vom 5. bis 20. Juni 2013 rund 5.000 Delegierte von Regierungen, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften in Genf zur 102. Internationalen Arbeitskonferenz zusammen sind, könnte es für die Bundesregierung peinlich werden: Dann nämlich, wenn der mangelnde Arbeitsschutz im deutschen Bauwesen verhandelt wird. Zwar hat Deutschland die ILO-Konvention 167, die Sicherheitsstandards und Gesundheitsschutz auf dem Bau festschreibt, schon vor 20 Jahren ratifiziert, aber trotzdem sehen die Mitglieder des Sachverständigen-Ausschusses in ihrem jährlichen Bericht zur Umsetzung der ILO-Konventionen und -Empfehlungen massive Mängel: „Das Komitee nimmt mit Sorge zur Kenntnis“, heißt es dort, „dass die vom DGB und der IG BAU vorgelegten Zahlen eine beunruhigende Situation der Beschäftigten auf dem Bau widerspiegeln“.

Die Gewerkschaften hatten argumentiert, das Risiko für Beschäftigte im Bauwesen liege „weit über dem durchschnittlichen Risiko der Arbeitnehmer in Deutschland“. So müssten Bauarbeiter deutlich früher in Rente gehen als andere. 50 Jahre und älter seien nur 13,9 Prozent, der Durchschnitt aller Berufe liegt bei 26,5 Prozent. Mehr als die Hälfte – 56 Prozent – aller Zimmerer, Dachdecker und Gerüstbauer, die in Rente gehen, scheiden so früh aus dem Arbeitsleben aus, dass sie nur eine Erwerbsminderungsrente bekommen. Auch hier liegt der allgemeine Schnitt mit 23 Prozent deutlich niedriger. Grund dafür ist nach Ansicht von DGB und IG BAU „ein hohes Vollzugsdefizit“ bei den bestehenden Arbeitsschutz- und Gesundheitsstandards. Auch bei etlichen gesetzlichen Vorgaben sehen Gewerkschaften Verbesserungsbedarf wie etwa bei den Grenzwerten für Ruß- und Feinstaubpartikel. Da die Bundesregierung keine Stellungnahme abgegeben hat, haben die Sachverständigen den Fall auf die Long list für den Normenanwendungsausschuss der ILO genommen – gemeinsam mit 38 anderen.

Im Verlauf der Konferenz sollen 25 davon genauer beleuchtet und die Regierungen zu Anhörungen geladen werden. Bislang gab es fünfmal Beschwerden gegen Deutschland. Einmal hatte der Weltgewerkschaftsbund gegen den Radikalenerlass geklagt, dreimal ging es um das Streikrecht für Lehrer. (bw)



Hohes Risiko: Was spielerisch aussieht, geht im schlimmsten Fall tödlich aus



„Ein Sieg für die ganze Gesellschaft“

Die Brasilien-Töchter von Royal Dutch Shell und BASF müssen 1.058 ehemalige Arbeiter entschädigen, die in der Pestizid-Fabrik in Paulinia an Vergiftungen erkrankten.

Neun Jahre arbeitete Ricardo Mendes Gonçalves in dieser Pestizid-Fabrik. Von den Gefahren des Jobs erfuhr er erst später, Schutzvorkehrungen und Aufklärung für die Belegschaft gab es kaum. Er hatte ständig Kontakt mit giftigen Lösungsmitteln und atmete übelriechende Dämpfe ein. Zuerst bekam er Probleme mit der Leber, später diagnostizierte ein Arzt eine Knochenkrankheit. Mit gerade mal 50 Jahren musste er in Rente gehen. Zwölf Jahre lang kämpfte Gonçalves gemeinsam mit

Regierung macht gegen diesen Missstand mobil, doch eine effektive Kontrolle ist in dem riesigen Flächenstaat schwierig. Der Erfolg gegen das Pestizid-Unternehmen ist der Hartnäckigkeit der Arbeiter und der Unterstützung durch mehrere Gewerkschaften der Chemiebranche zu verdanken. Sie wiesen nach, dass Schutzbestimmungen nicht eingehalten und viele Arbeiter unnötiger Gefährdung ausgesetzt worden waren. Zudem hatte die fahrlässige Herstellung von Pflanzengiften und Düngemitteln das Grundwasser verseucht.

Bereits im Jahr 2002 hatte BASF die Produktion in der Stadt Paulinia im Bundesstaat São Paulo eingestellt. Fast geschlossen klagte die entlassene

die sich für die Stärkung der gesundheitlichen Rechte von Arbeitnehmern einsetzen.

In Brasilien mangelt es nicht an Normen und Richtlinien zum Schutz der Gesundheit am Arbeitsplatz. Sie reichen von regelmäßigen ärztlichen Untersuchungen der Beschäftigten bis hin zu Maßnahmen zur Verhütung von Arbeitsunfällen und zum Schutz der Umwelt. Das Arbeitsministerium fasste diese Regeln zu Beginn der 90er Jahre in einem Programm zur „Medizinischen Kontrolle zur Sicherung der Gesundheit am Arbeitsplatz“ zusammen. Die Initiative wird von Gewerkschaften, Gesundheitszentren und Forschungseinrichtungen unterstützt. „Das Problem ist, dass es keine ausreichende Kontrollmechanismen für das Regelwerk gibt“, erklärt jedoch der Rechtsanwalt Carlos Fiaux Ramos. Es sei üblich, dass Unternehmen kostspielige Maßnahmen zur Gesundheitssicherung unterlassen. „Sie wissen, dass das Risiko, zur Rechenschaft gezogen zu werden, sehr klein ist“, so Ramos, der für den Medizinischen Regionalrat in Rio de Janeiro tätig



Foto: © Antonio Cruz/ABr. (CC)

Hartnäckig und erfolgreich: Ehemalige Arbeiter demonstrieren vor dem Gebäude des Obersten Arbeitsgerichts in der Hauptstadt Brasília

ebenfalls betroffenen Kollegen um Wiedergutmachung. Nach zahlreichen Instanzen gab ihnen das Oberste Arbeitsgericht im April Recht. „Es war einer der wichtigsten Tage meines Lebens“, sagt der Frührentner. Er habe schon nicht mehr an eine Entschädigung geglaubt.

Es kommt in Brasilien nicht oft vor, dass gesundheitliche Probleme von Arbeitern oder Angestellten juristische Konsequenzen für die Unternehmen nach sich ziehen. Die Vorschriften des Arbeitsministeriums zum Gesundheitsschutz werden oft umgangen, und für die Betroffenen ist es schwer, ihre Rechte einzufordern. Fernab der großen Städte kommt es sogar vor, dass Arbeiter in sklaviereiähnlichen Verhältnissen ausgebeutet werden. Die

Belegschaft gegen den deutschen Multi sowie gegen den britisch-niederländischen Ölkonzern Shell, von dem BASF die Produktionsstätte in den 1990er Jahren übernommen hatte. 63 ehemalige Arbeiter starben im Verlauf des Prozesses, die meisten von ihnen an Krebs, so die Vereinigung für Arbeiter, die giftigen Chemikalien ausgesetzt waren, die ATESEQ. Die Einigung vor Gericht sieht vor, dass jeder der 1.058 ehemaligen Arbeiter umgerechnet knapp 70.000 Euro Schadensersatz ausgezahlt bekommt. Der Betrag errechnet sich aus den durchschnittlichen ärztlichen Kosten der Geschädigten. Darüber hinaus müssen BASF und Shell rund 80 Millionen Euro Strafe zahlen. Mit dieser Summe werden der Bau einer Klinik in Paulinia finanziert und zwei Stiftungen gefördert,

ist. Doch das Urteil im Fall BASF-Shell macht optimistisch. „Es ist ein Sieg für die ganze Gesellschaft. Der Gerichtsprozess hat gezeigt, dass solche Zustände nicht ungestraft bleiben können“, sagt Luis Camargo, Staatsanwalt für Arbeitsrecht. Auch die Gewerkschaften halten die errungene Entschädigungszahlung für richtungswesend: „Ab jetzt müssen wir nicht mehr jahrelang diskutieren, ob das Unternehmen für Verseuchung und Vergiftungen verantwortlich ist oder nicht“, so Arlei Medeiros vom Dachverband der Chemiearbeiter FETQUIM.

Andreas Behn, freier Journalist in Rio de Janeiro

 Weitere Infos: www.fetquim.org.br



Gute Arbeit im Wahlkampf

„Ich geb' alles. Menschenwürdige Arbeit durchsetzen – bei uns und weltweit!“ Mit diesem Satz startet „Deine Stimme gegen Armut“ eine Aktion zur Bundestagswahl. Die Forderung: Die künftigen Abgeordneten des Deutschen Bundestags sollen sich dafür einsetzen, dass jeder Mensch sozial abgesichert ist und von seiner Arbeit leben kann.

Es ist das erste Mal, dass die Kampagne, die der Dachverband der Entwicklungshilfeorganisationen Venro gemeinsam mit dem Musiker Herbert Grönemeyer und Medienschaffenden gegründet hat, sich direkt und konkret für Gute Arbeit einsetzt. Das Argument: „Weil ein angemessener Arbeitslohn die Chance bietet, der Armut zu entkommen, engagieren wir uns für faire Bedingungen.“ So sollen die deutschen Politiker zum Beispiel dafür sorgen, dass die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO in internationalen Handelsabkommen verankert werden. Oder dafür, dass Unternehmen verpflichtet werden, Rechenschaft abzulegen über die menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Bedingungen in ihrer Produktionskette. Und auch für einen existenzsichernden Mindestlohn in Deutschland.



Menschenwürdige Arbeit: Auch Spaß gehört dazu

„Viele Millionen Menschen auf der Welt schufteten in Fabriken, auf Feldern und im Bergbau – und das in unzumutbaren und gefährlichen Verhältnissen. Das hat mit Menschenwürde nicht viel zu tun“, erklärte Grönemeyer zum Start. Nach ILO-Angaben sterben täglich rund 6.300 Menschen nach Arbeitsunfällen oder an arbeitsbedingten Krankheiten. Grönemeyer: „Auch bei uns verdienen mehr als acht Millionen Menschen weniger als neun Euro die Stunde. Dagegen müssen wir unbedingt etwas tun, und in diesem Jahr ist der richtige Moment dafür.“ „Deine Stimme gegen

Armut“ versteht sich als Beitrag zum globalen Kampagnennetzwerk Global Call to Action Against Poverty. Dieses fordert die Regierungen der Welt auf, die UN-Millenniumsziele aus dem Jahr 2000 umzusetzen. Bis zum Jahr 2015 sollen demnach

zum Beispiel Armut und Hunger auf der Welt um die Hälfte verringert werden. Wer die Aktion zur Wahl 2013 unterstützen will, kann auf der Website von „Deine Stimme gegen Armut“ eine E-Mail an die Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundestag schicken. (bw/hg)



E-Mail schreiben unter:

www.deine-stimme-gegen-armut.de;

Millenniumserklärung zum Nachlesen:

www.unric.org/html/german/millennium/millenniumerklarung.pdf

Post 2015 Agenda: Gewerkschafter mischen sich ein

In zwei Jahren sollen die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen erreicht sein. Geschafft wird das nur zum Teil – und vor allem: Die Armut wird in vielen Ländern dramatisch bleiben. Deshalb will sich die ILO bei der Debatte, wie es nach 2015 weitergeht, stärker einmischen. „Um Armut und Hunger weltweit auszu-rotten, brauchen wir gute Arbeitsplätze“, sagte Luc Cortebeek, der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der UN-Sonderorganisation.

Auf einem Expertentreffen zur Post 2015 Agenda Ende Mai in Genf verabschiedeten die Arbeitnehmervertreter einen gewerkschaftlichen Aktionsplan, in dem sie fordern, produktive Vollbeschäftigung und Decent Work, also Gute Arbeit für alle, als vollwertiges Ziel in die neue Agenda aufzunehmen. „Wir brauchen nicht irgendwelche

Jobs, wir brauchen hochwertige Arbeitsplätze“, so Cortebeek. Als die Millenniumsziele 2000 von den UN-Mitgliedsstaaten verabschiedet wurden, kam Arbeit gar nicht vor. Es hieß lediglich, der Anteil der Menschen mit einem Einkommen von weniger als einem US-Dollar pro Tag müsse halbiert werden. Erst 2008 wurde die Forderung nach menschenwürdiger Arbeit als Unterziel unter das Ziel zur Halbierung der Armut aufgenommen.

Dieses Mal wollen die Arbeitnehmervertreter insgesamt eine größere Rolle spielen. „Wir wollen nicht nur unsere Stellungnahmen abgeben“, sagte Chibebe Wellington, stellvertretender Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes IGB/ITUC bei dem Treffen. Statt dessen müsse man „demokratische Teilhabe bei Design, Implementierung und Überwachung“ verlangen. Luc Demaret vom ILO-Büro für Arbeitnehmerfragen

Actrav wies darauf hin, dass die ILO mit ihrem System der Zusammenarbeit von Regierungen und den Sozialpartnern das Modell abliefern, wie die Umsetzungen und Einhaltung von Standards kontrolliert werden könne. Inhaltlich wollen die Gewerkschafter bei dem Ziel „Menschenwürdige Arbeit“ über das konkrete Beschäftigungsziel hinausgehen und als Unterpunkte „soziale Absicherung, fundamentale Rechte bei der Arbeit und den Sozialen Dialog“ festschreiben. Zusätzlich müsse in der Gesamtdebatte ein stärkerer Fokus auf die Bekämpfung von Ungleichheiten gelegt werden.

Umstritten bei dem Treffen war die Rolle der Wirtschaft: Soll diese stärker eingebunden werden, weil sie doch „die Ressourcen bereit stellt“, wie Amina Mohammed meinte, die UN-Generalsekretär Ban Ki-moon bei den Planungen für die Post 2015 Agenda berät? Oder ist sie eher ein Problem, wie Bianca Kühl aus der Abteilung Internationales des DGB feststellt: „Wenn Business menschenwürdige Arbeitsbedingungen schafft und faire Löhne und Steuern zahlt, bräuchten wir weder Public Private Partnerships noch Debatten über Corporate Social Responsibility.“ (bw/hg)



Der Tabakkonflikt von Bralawien

Im Staat Bralawien ist ein Streit entbrannt: Soll das Tabak-Kontrollabkommen der Weltgesundheitsorganisation unterzeichnet werden? Die Regierung fürchtet um Exporterlöse. Der Wirtschaftsverband ebenso. PflanzlerInnen müssen für wenig Geld unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten. Sie fordern wie die Nichtregierungsorganisation „Umwelt und soziale Gerechtigkeit“ Alternativen zum Tabakanbau. Am Ende wird es eine Lösung geben. Alles Fiktion? Tatsächlich geht es hier um ein Spiel, das die Kampagne Unfairtobacco entwickelt hat. Die SpielerInnen können in verschiedene Rollen schlüpfen. Es geht darum, wer beim Tabakanbau gewinnt – und wer verliert.

Mehr als 80 Prozent des weltweit gehandelten Tabaks wird in Ländern des Südens angebaut. In Brasilien vor allem von kleinbäuerlichen Betrieben, die direkte Verträge mit den Tabakkonzernen haben, in Malawi eher von landlosen Pächterfamilien, die für Großgrundbesitzer Pflanzen anbauen. Der Anteil von Kinderarbeit ist hoch. Allein im brasilianischen Hauptanbaugebiet haben 80.000 Kinder und Jugendliche die Tabakkonzerne deshalb verklagt, auch in Malawi sind rund 78.000 Kinder beschäftigt. Die Malawi-ArbeiterInnen arbeiten mit Pestiziden – oft ohne jegliche Schutzkleidung. Bei der Ernte setzen sie sich der Gefahr aus, an der Grünen Tabakkrankheit zu erkranken, weil sie Nikotin aus den Tabakblättern über die Haut aufnehmen. Die Folge: Übelkeit, Schwindel, Kopfschmerzen, Herzrasen. Auf vielen Plantagen wird dafür noch nicht einmal ein Mindestlohn gezahlt. Darum plädieren viele Tabakbauern und -bäuerinnen dafür, Alternativen zu entwickeln.



Foto: © Mahendra (CC BY 2.0)

Wer schlüpft in seine Rolle?

Wenn am 20. und 21. Juni 2013 im schottischen Edinburgh eine Konferenz zur Tabakkontrolle stattfindet, wird Unfairtobacco dabei sein, um für dieses Thema zu werben. „Es kann keinen fair gehandelten Tabak geben“ – so lautet das Motto des Projekts der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung BLUE 21. Das

Spiel dauert zwei bis drei Stunden und ist geeignet für SchülerInnen ab der elften Klasse. (bw/hg)



Mehr Infos zum Spiel: www.unfairtobacco.org/bildungsangebote/planspiel

Mehr Infos zur Konferenz: www.ashscotland.org.uk/about-us/40th-anniversary/conference-june-2013-towards-a-generation-free-from-tobacco.aspx

Junge Menschen sind Teil der Lösung

Die Internationale Arbeitsorganisation ILO hat einen Online-Raum geschaffen, in dem junge Menschen aus aller Welt zusammenkommen können, um sich über ihre Erfahrungen bei der Arbeit auszutauschen und über Gute Arbeit zu diskutieren. Die Webseite Decent Work 4 Youth Platform ist eines der Ergebnisse des ILO Forums für die Beschäftigung von Jugendlichen im vergangenen Jahr, bei dem mehr als 100 junge GewerkschafterInnen in Genf Antworten auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit diskutierten. „Wir glauben, dass junge Menschen Teil der Lösung sind, und über diese neue Plattform können ihre Stimmen, Ideen und Erfahrungen in der Debatte wahr genommen werden“, sagte Gianni Rosas, Vorsitzende des Jugendbeschäftigungs-Programms der ILO. Jeden Monat soll es einen unterschiedlichen Debattenschwerpunkt geben. Die besten Beiträge, so versprechen die Initiatoren, sollen in ILO-Berichte einfließen.



Weitere Informationen: www.decentwork4youth.org

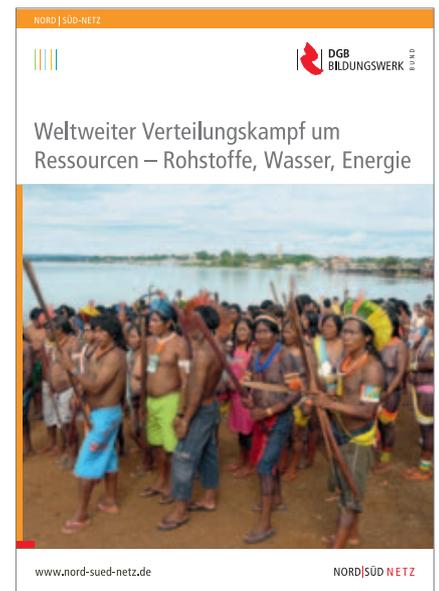
Broschüre zum Kampf um Ressourcen

„Unverhohlen verfolgt die Europäische Kommission mit ihrer Rohstoffinitiative von 2008 (Raw Materials Initiative) einen neoliberalen, den Interessen der Wirtschaft dienenden Kurs. Europa droht sich damit in die Phalanx der ökonomisch aggressiven, einseitig auf Versorgungssicherheit ausgerichteten Staaten einzureihen. Damit unterscheidet sich Europa auch nur noch graduell von Staaten wie China, den Vereinigten Staaten und Kanada. Neben den Staaten agieren zunehmend auch die privaten Unternehmen in dem großen Spiel. Mit ihren privaten wie staatlichen Rohstoffagenturen beuten sie im globalen Stil und im Einklang mit den nationalen Macht- und Geldeliten deren nationale Ressourcen zu Ungunsten der lokalen Bevölkerung aus.“ In der neuen Broschüre „Weltweiter Verteilungskampf um Ressourcen –

Rohstoffe, Wasser, Energie“ beschreibt das DGB Bildungswerk BUND die Akteure und ihre Interessen und zeigt die größten Gefährdungsbereiche in den rohstoffreichen Ländern auf. Damit soll die Diskussion in den Gewerkschaften, in der Politik und der Gesellschaft weiter angeregt werden, um zur Entwicklung eigener Vorschläge für eine sozialere und verträglichere Rohstoff- und Handelspolitik beizutragen. Die Broschüre kostet 3,50 Euro und kann bezogen werden über:



www.nord-sued-netz.de/medien/material-bestellen



IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzende: Ingrid Sehrbrock
Geschäftsführerin: Claudia Meyer
Verantwortlich: Jens Martens
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms
Satz: Achim Konopatzki

DGB Bildungswerk BUND
Nord-Süd-Netz
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 0211/4301-333, Fax: 0211/4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Spendenkonto: Nord LB, Hannover
Kto: 015 201 2522, BLZ: 250 500 00
IBAN: DE30 2505 0000 0152 0125 22
Swift: NOLADE2H

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.
Mit finanzieller Unterstützung des BMZ.

BMZ



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



Zukunftsentwickler.
Wir machen Zukunft.
Machen Sie mit.